

Flughafen BER: EU genehmigt weitere Milliardenhilfe

BRÜSSEL/BERLIN. Ob der neue Hauptstadtflughafen BER wie geplant Ende 2017 eröffnet wird, steht weiterhin in den Sternen. Doch immerhin kann nun weitergebaut werden, denn Brüssel gibt grünes Licht für eine neue Milliardenhilfe aus Steuergeldern.

Das Milliardenprojekt BER ist um Jahre in Verzug und wird deshalb mit mindestens 5,4 Milliarden Euro mehr als doppelt so teuer wie ursprünglich geplant. Eigentümer des Projekts sind die Länder Berlin und Brandenburg (je 37 Prozent) sowie der Bund (26 Prozent). Die EU-Kommission hat jetzt eine weitere milliardenschwere Finanzspritze für den neuen Hauptstadtflughafen BER genehmigt. Der im Januar angemeldete Kredit in Höhe von 1,1 Milliarden Euro sowie eine Garantie für zusätzliche Kredite von bis zu 1,1 Milliarden Euro stünden mit den EU-Behilfeschritten im Einklang, teilte die Brüsseler Behörde gestern mit. Die Investitionen erfolgten zu Marktbedingungen und stellen daher keine staatlichen Beihilfen für den Flughafenbetreiber FBB dar.

Damit sei die Finanzierung der Flughafengesellschaft gesichert, sagte deren Geschäftsführerin Heike Fölster. „Wir haben jetzt Klarheit und können mit der neuen Finanzierungsstruktur für die Fertigstellung des Flughafens BER und den mittelfristigen Ausbau des Hauptstadtflughafens sorgen.“

Die Hälfte der 2,2 Milliarden Euro werden von den Gesellschaftern Bund, Berlin und Brandenburg als Darlehen gewährt. Die andere Hälfte wird von einem Konsortium von sieben Banken unter Führung der Norddeutschen Landesbank als Kredite zu Verfügung gestellt. Dafür bürgen die Gesellschafter in voller Höhe.

Nach Angaben der EU-Kommission ist ein Teil des Geldes für die Lösung technischer Probleme mit dem Brandschutzsystem und für die Verbesserung des Schallschutzes vorgesehen. Zudem solle in den Ausbau des Flughafens investiert werden, da das Verkehrsaufkommen stärker steigen wird als angenommen. |dpa/rtr

Deutsche Post gibt Postbus auf

Logistikkonzern verkauft Fernbus-Tochter an den Marktführer FlixBus – Kein Fall für das Kartellamt

BONN. Der harte Konkurrenzkampf auf dem Fernbusmarkt zwingt mit der Deutschen Post einen weiteren Anbieter zum Rückzug. Sie verkauft ihr Fernbusgeschäft an den Marktführer FlixBus, der damit künftig etwa 80 Prozent des Fernbusmarktes kontrolliert.

Zum Kaufpreis wollten Post und FlixBus gestern keine Angaben machen. Der Post bereite ihr vor drei Jahren gegründetes Busgeschäft nicht viel Freude – der Konzern setze auf Komfort für die Reisenden, doch im harten Preiskampf verdiene er damit kein Geld, wie Finanzchef Larry Rosen deutlich machte.

Die Post hatte den Postbus gemeinsam mit dem ADAC gestartet, der 2014 ausstieg.

Der Postbus war im November 2013 als Kooperation mit dem ADAC an den Start gegangen. Der Autoclub stieg aber im November 2014 aus dem Projekt aus, die Post betrieb das Geschäft alleine weiter. Dabei hatte die Post mit dem Club zusammen hochfliegende Pläne. „Der Bus für Deutschland“, hieß es damals hochtrabend. Zuverlässigkeit, gute Netzplanung, Nähe zum Kunden – Konzernvorstand Gerdes sparte nicht an Superlativen, um das Projekt zu befördern. Doch es half nichts.

Die Deutsche Post bedient mit 90 Postbussen rund 120 Ziele; Städte in der Pfalz sind nicht dabei. FlixBus bietet zusammen mit Partnern mit 100.000 täglichen Verbindungen zu 900 Zielen in 20 Ländern ein europaweites Fernbusnetz. Die Marke Postbus wird FlixBus indes nicht nutzen können: „Diese bleibt bei uns“, sagte ein Post-Sprecher.

Erst Ende Juni hatte FlixBus die Übernahme des Geschäfts des Konkurrenten Megabus.com auf dem europäischen Kontinent angekündigt. Der deutsche Fernbusmarkt war 2013 liberalisiert worden, in der Bundesrepublik hat FlixBus bereits einen Marktanteil von mehr als 70 Prozent.

FlixBus war 2011 als Go Bus gegründet worden. Anfang 2015 schloss sich FlixBus mit dem Rivalen Mein Fernbus zusammen, zeitgleich stieg der Finanzinvestor General Atlantic als Minderheitsgesellschafter neben den Gründern beider Unternehmen ein.

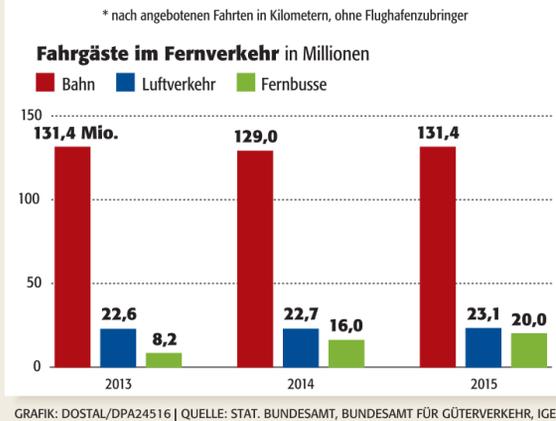
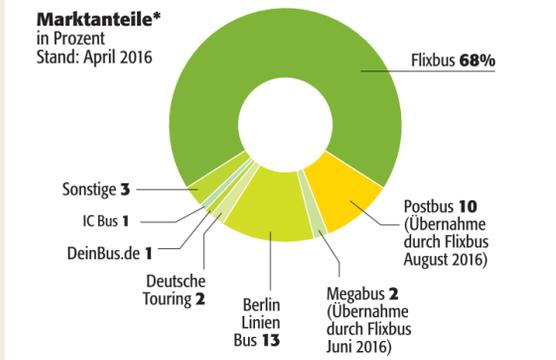
Die Übernahme von Postbus durch den Fernbus-Marktführer FlixBus hat keine kartellrechtlichen Konsequenzen. Der Zusammenschluss sei nicht anmeldspflichtig, da das Vorhaben die geltenden Umsatzschwelle nicht erreiche, sagte ein Kartellamt-Sprecher gestern. Beide Unternehmen hätten die Behörde vorab über die geplante Fusion informiert. „Auf der Grundlage der vorliegenden Informationen sieht das Bundeskartellamt derzeit keine Veranlassung für eine weitergehende Prüfung.“ Das Kartellamt prüfe eine Fusion erst, wenn ein Unternehmen 5 Millionen Euro und das andere 25 Millionen Euro und beide zusammen weltweit 500 Millionen Euro im Jahr umsetzen.

Der Verkauf des Postbus-Geschäfts wird Finanzchef Rosen zufolge keine sichtbaren Spuren in der Bilanz der Deutschen Post hinterlassen. Das Geschäft sei „sehr klein“ gewesen, die Trennung werde „keine materiellen Auswirkungen“ auf den Konzern haben, betonte Rosen gestern. Rosen räumte zugleich ein, dass das Geschäft mit den Postbussen defizitär war. Die Post habe auf eine „Premium-Strategie“ gesetzt, aber viele Verbraucher achteten mehr auf den Preis der Busfahrten. Die Kosten ihrer Strategie habe die Post nicht abdecken können: „Es war wirtschaftlich unattraktiv.“

Die Deutsche Post hat dank florierender Paket-Geschäfte beim Gewinn eine Rekordquartale verzeichnet. Das operative Ergebnis (Ebit) stieg im zweiten Quartal im Vergleich zur Vorjahreszeit um 40 Prozent auf 752 Millionen Euro. Der Umsatz ging hingegen um 3,5 Prozent auf 14,2 Milliarden Euro zurück. Grund dafür seien unter anderem Währungseffekte. Bereinigt um die verschiedenen Sondereffekte legte der Umsatz dagegen um 4,1 Prozent zu. |altp/dpa/rtr

KOMMENTAR
AKTIENCHART: DEUTSCHE POST

DER DEUTSCHE FERNBUS-MARKT



Planex investiert in neue Halle

Ludwigshafener Spezialist für technische Textilien baut Akustik-Sparte aus

VON JUDITH SCHÄFER

LUDWIGSHAFEN. Der Ludwigshafener Spezialist für technische Textilien Planex Technik in Textil GmbH nutzt die Niedrigzinsphase und investiert in eine neue Lager- und Produktionshalle. Mehr Platz ist dringend nötig, denn der Mittelständler baut sein Standbein mit akustisch wirksamen Elementen aus.

Laut geschäftsführendem Inhaber Jörg Haertle wird das 700 Quadratmeter große Objekt eine halbe Million Euro kosten. Er hofft auf die Realisierung bis Oktober, nachdem es bereits einige Monate Verzögerung wegen des langwierigen Genehmigungsverfahrens gegeben habe. Rund 100.000 Euro wird das Unternehmen zudem noch in diesem Jahr in neue

Maschinen investieren, nach 120.000 Euro im vergangenen. Die Investitionen waren notwendig geworden, weil die Firma mit aktuell 23 (2015: 21) Mitarbeitern zwei Kooperationen mit Herstellern akustisch wirksamer Werkstoffe ausgebaut hat. Die Materialien – formstabile Polyester-Fleece zum Bau von Deckenelementen und Möbeln sowie weiche Polyester-Matten – seien hochwirksam und deswegen sparsam einsetzbar, so Haertle.

Ein Einsatzbereich seien beispielsweise Großraumbüros. Für eine große Hamburger Versicherung habe Planex beispielsweise gerade erst 900 Quadratmeter Deckenelemente geliefert, ein Auftragsvolumen von rund 180.000 Euro. „Solche Summen machen sich bezahlt, wenn man sich vor Augen hält, dass Lärm die Produktivität dauerhaft reduziert“, gibt Haertle

zu bedenken. Da der Trend zu Großraumbüros wieder zunehme und es neue, verschärfte Normen dafür gebe, wie ein Büro akustisch ausgestattet sein muss, sehe er einen wachsenden Bedarf für diese Produkte, die Planex auf individuellen Kundenwunsch hin produziert. „Ich gehe davon aus, dass dieser Produktbereich unser stärkstes Standbein werden wird“, so Haertle. Das Unternehmen fertigt außerdem unter anderem Sonnensegel, Reinraum- und Feuerschutzvorhänge.

2015 setzte der Betrieb 2,25 (2014: 2,38) Millionen Euro um. Für 2016 geht Haertle dank der inzwischen gut laufenden neuen Produktschiene von einem deutlich steigenden Umsatz aus. Der soll sich auch in der Mitarbeiterzahl bemerkbar machen, die sich Richtung 25 entwickle.

Hartmann Gruppe bleibt auf Wachstumskurs

Umsatzplus mit Medizin- und Pflegeprodukten

HEIDENHEIM/WOLFSTEIN. Die Hartmann Gruppe mit Sitz in Heidenheim/Württemberg, zu der seit 2000 die Karl Otto Braun GmbH & Co KG (KOB) in Wolfstein/Westpfalz gehört, hat das erste Halbjahr 2016 mit neuen Erfolgen abgeschlossen.

Der international führende Anbieter von Medizin-, Pflege- und Hygieneprodukten steigerte den Umsatz im Vergleich zur Vorjahreszeit um 2 Prozent auf 974 Millionen Euro. Das Vorsteuerergebnis (Ebit) nahm um 3,5 Prozent auf 68,6 Millionen Euro zu, während der Konzerngewinn sogar um 11,8 Prozent auf 45,3 Millionen Euro stieg.

Wie das Unternehmen gestern weiter mitteilte, gab es im zweiten Quar-

tal in allen Segmenten (Wund-, Infektions- und Infektionsmanagement) sowie bei den weiteren Konzernaktivitäten Wachstum.

Die Anzahl der Beschäftigten nahm gruppenweit um 43 auf 10.389 zu. In Wolfstein bei KOB, wo medizinische Textilien hergestellt werden, sind rund 750 Leute beschäftigt. 24 von ihnen sollen früheren Informationen zufolge im Herbst nach Kaiserslautern wechseln, wohin die Wachstumssparte Brawoliner – ein Kanalsanierungssystem – verlagert wird.

Die Paul Hartmann AG geht auf eine 1818 gegründete Textilfabrik zurück. Zur Gruppe gehören neben KOB unter anderem auch die Firmen Sanimed (Ibbsbüros) und Kneipp (Würzburg). |mo

XXXL und Halberg sind keine Einzelfälle

Solidaritätskomitee dokumentiert Arbeitsplatzverluste in der Region und wie Unternehmen dabei vorgehen

VON REBECCA SAMBALE

MANNHEIM. „Arbeitsplatzvernichtung stoppen!“ ist der Titel einer Schrift des überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar. Es geht darin um Standort-Verlagerungen, Entlassungen und Arbeitsplatzabbau in Firmen aus Mannheim und der Pfalz sowie um Forderungen an die Politik.

Das überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar gibt es bereits seit Januar dieses Jahres. Es ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaften, der bei Treffen die Situation in Betrieben der Region diskutiert. Im Fokus dabei: Arbeitsplatzvernichtung. Die Ziele: überbetriebliche Solidarität erzeugen, gegenseitige Unterstützung sowie Öffentlichkeit schaffen.

Im Juni gab es in Mannheim ein Treffen mit Politikern, wie Wolfgang Alles, Sprecher des Komitees, berichtet. Daraus ist nun eine Dokumentation entstanden, die zeigt, was in Sachen gefährdeter Arbeitsplätze in den vergangenen Monaten und Jahren in Mannheim und Umgebung passiert ist, und wo Gefahren liegen. XXXL Mann Mobilia in Mannheim etwa, wo im Februar plötzlich 99 Mitarbeiter ohne Vorwarnung „freigestellt“ wurden und wo



Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung im Februar in Mannheim.

ARCHIVFOTO: KUNZ

es nach mehreren Gerichtsinstanzen Abfindungen gab. Nur „ein finanzielles Trostpflaster“, wie Alles sagt. Die Arbeitsplätze jedoch sind verloren. Oder Halberg Maschinenbau. Dass der Standort Ludwigshafen geschlossen wird, ist beschlossene Sache. Bei Siemens Turbomachinery Equipment in Frankenthal steht der Abbau von über 100 Arbeitsplätzen an. General Electric plant, am Standort Mannheim –

ehemals Alstom – 1066 Beschäftigte bis Ende 2017 zu entlassen.

Wolfgang Alles beklagt eine „generelle Entwicklung, die in ihrer Brutalität zugenommen hat“. Dabei seien die Muster der Arbeitsplatzvernichtung in vielen Konzernen ähnlich. Das Komitee hat von den Politikern nicht nur kurzfristige Unterstützung verlangt, sondern fordert mittelfristig auch Gesetzesänderungen, um etwa die Rech-

te von Betriebsräten zu stärken. Im November wird sich das Komitee wieder mit den Stadtrats-, Landtags-, Bundestags- und Europa-Abgeordneten treffen, die im Juni in Mannheim waren. Dann erhoffen sich die Arbeitnehmervertreter erste konkrete Zusagen.

WEITERE INFORMATIONEN

Die Dokumentation steht im Internet unter www.solidaritaet-rhein-neckar.de

KOMMENTAR

Ausstieg aus dem gelben Wagen

VON ECKHARD BUDDRUSS

Der Abschied der kapitalkräftigen Post vom Fernbus-Markt macht deutlich, dass diese Busse vor allem ein Billig-Verkehrsmittel sind.

Die Konzentration auf dem deutschen Fernbusmarkt schreitet in rasantem Tempo voran. Dass nun ausgerechnet die Deutsche Post nach noch nicht einmal drei Jahren aussteigt, ist ein spektakulärer Vorgang. Der kapitalkräftige Konzern hätte wohl von allen verbliebenen Wettbewerbern eigentlich am ehesten die Mittel gehabt, einen jahrelangen Preiskampf durchzustehen. Der schnelle Ausstieg, der in frapperendem Kontrast zu den vollmundigen Ankündigungen von vor drei Jahren steht, deutet darauf hin, dass das Management des Post-Konzerns keine Perspektive für eine positive Entwicklung sieht. Dies liegt wohl auch daran, dass der Postbus mit seinem Anspruch, Qualitätsführer zu sein, am Markt nicht den erhofften Erfolg hatte. Offenbar zählt beim Fernbus viel stärker als bei anderen Verkehrsmitteln so gut wie ausschließlich der Preis.

Mit den aktuellen Ticketpreisen kann aber wohl kein Anbieter auf Dauer leben. Die Deutsche Bahn (DB), künftig mit der Tochter Berlin Linienbus die Nummer zwei in Deutschland, verliert offenbar auch die Lust, weiter mit Fernbusen Geld zu verbrennen. DB-Chef Rüdiger Grube hat schon angekündigt, er werde den „Blödsinn“ nicht mehr lange mitmachen.

Mit einem künftigen Marktanteil von 80 Prozent hat FlixBus eine so dominante Position auf dem deutschen Fernbusmarkt, dass es sich der Marktführer wohl künftig erlauben kann, die Ticket-Preise zu erhöhen, auch wenn das Unternehmen gegenwärtig derartige Pläne bestreitet. Das Buchungssystem der Fernbusse erlaubt aber, diskrete Preise zu erhöhen, ohne das an die große Glocke zu hängen.

MELDUNGSMARKT

Bürokratieabbau soll Kleinbetriebe entlasten

Die Bundesregierung will vor allem kleine Unternehmen durch weniger Bürokratie um rund 360 Millionen Euro pro Jahr entlasten. Das Kabinettsverabschiedete gestern den Entwurf für ein „zweites Bürokratieentlastungsgesetz.“ Nach Angaben von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) werden damit – zusammen mit einem ersten Gesetz von 2015 und der Modernisierung des Vergaberichts – die Kosten für Unternehmen in dieser Legislaturperiode um mehr als 2 Milliarden Euro pro Jahr gesenkt. Das neue Gesetz enthält unter anderem Vereinfachungen im Steuerrecht und bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge. |dpa

Nach Brexit-Votum sinken Immobilienpreise in London

Die Unsicherheit nach dem Brexit-Votum schlägt auf den Londoner Immobilienmarkt durch. Häuserpreise im exklusiven Zentrum der britischen Hauptstadt sanken im Juli so stark wie seit fast sieben Jahren nicht mehr, wie aus einem Index der Beratungsfirma Knight Frank hervorgeht. Demnach gab es auf Jahressicht einen Rückgang um 1,5 Prozent. Die Briten haben am 23. Juni in einem Referendum entschieden, die EU zu verlassen. Seither hätten viele Käufer einen Abschied wegen der Unsicherheit gefordert, so Knight Frank. |rtr

BILLIG TELEFONIEREN

Gespräche im Ortsnetz ohne Vorwahl Call-by-Call-Verfahren Nur Anbieter mit Tarifsangabe Preise in Cent pro Minute

Montag bis Freitag, 0-24 Uhr				
Uhrzeit	Vorwahl	Preis	Vorwahl	Preis
7-19	01052	1,51	01079	1,84
19-7	01097	0,92	01013	0,94

Wochenende und bundesweite gesetzliche Feiertage				
Uhrzeit	Vorwahl	Preis	Vorwahl	Preis
7-19	01052	1,19	01079	1,49
19-7	01097	0,92	01013	0,94

Vom Festnetz ins Mobilfunknetz Call-by-Call-Verfahren Nur Anbieter mit Tarifsangabe Preise in Cent pro Minute

Montag bis Sonntag, 0-24 Uhr		
Netz	Vorwahl	Preis
D 1	01085	2,00
D 2	01085	2,00
E-Plus	01085	2,00
0 2	01085	2,00

Quelle: www.verivox.de, Angaben ohne Gewähr, Stand: 3. August 2016